



## Neues verkehrspolitisches Programm der GdP NRW

**Nach einjähriger Arbeit hat die GdP NRW nunmehr ein neues verkehrspolitisches Programm vorgestellt. Eine neunköpfige Expertenkommission hatte einen Entwurf erarbeitet, der dem Geschäftsführenden Landesvorstand zur Beschlussfassung vorlag. Grundsätzliche Zielrichtung bei allen Forderungen zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr ist die „Vision zero“, also die Reduzierung der Getöteten und Verletzten im Straßenverkehr gegen Null.**

Die GdP NRW wird innerhalb der GdP auf Bundesebene für das Programm und die darin enthaltenen Forderungen und Positionen werben, soweit Änderungen von Bundesgesetzen etc. erforderlich sind. Gleichzeitig sollen die Forderungen, die in

NRW umsetzbar sind, den verantwortlichen Politikern vorgestellt werden.

Das Programm gliedert sich in fünf große Blöcke. Neben der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit wie Prävention, Gefährderansprache und Verkehrsüberwa-

chung sind auch die Verkehrsunfallaufnahme, -bearbeitung und -analyse Gegenstand zahlreicher Forderungen. Auch Rechts- und Organisationsänderungen sowie Ausstattungs- und Personalanforderungen bilden Schwerpunkte des Forderungskataloges. Ein besonderer Abschnitt widmet sich den Autobahnen als „besonderer Verkehrsraum“.

Die weitreichendste Forderung stellt sicherlich die Einführung von 130 km/h (110 km/h bei Nässe) als generelle Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen dar. Allein vor dem Hintergrund, dass mehr als 10 Prozent der Verkehrstoten bundesweit auf Autobahnen sterben und von diesen 475 nahezu 75 Prozent auf Streckenabschnitten ohne Geschwindigkeitsbegrenzungen, ist diese Forderung absolut folgerichtig. Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zeigen, dass unabhängig von der Höhe der Geschwindigkeitsbegrenzungen deren Einführungen immer zu einer deutlichen Verbesserung der Verkehrssicherheit beigetragen haben. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass ein durchschnittlicher Rückgang der gefahrenen Geschwindigkeit um 1 Prozent einen Rückgang der Verletzten bei einem Unfall mit Personenschaden um 2 Prozent, bei den Schwerverletzten um 3 Prozent und den tödlichen Verkehrsunfällen um 4 Prozent bewirkt. Die Nebeneffekte wie gleichmäßigere Geschwindigkeiten und daraus resultierend höhere Durchflussmengen sowie Senkung des Kraftstoffverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen sollten ebenfalls nicht außer acht gelassen werden.

Zur Reduzierung der geschwindigkeitsbedingten Unfälle soll die Höchstgeschwindigkeit auf den im allgemeinen Sprachgebrauch „Landstraßen“ genannten Außerortsstraßen auf 90 km/h gesenkt werden. Der Erkenntnis folgend, dass die Wahrscheinlichkeit eines tödlichen Ausgangs bei einem Unfall zwischen Pkw und Fußgänger gerade ab 30 km/h exorbitant

### Verkehrspolitik kann jeder



Kaum ein Thema ist – neben dem Fußball vielleicht – ein Bereich von solcher „Universalkompetenz“ wie der Straßenverkehr. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Bürger/-innen in unserem Lande hat einen Führerschein und meistens auch ein Kfz. Also fühlen sich auch alle berufen, in Fragen des Straßenverkehrs mitzureden. Ob Sinn oder Unsinn von Geschwindigkeitskontrollen, zulässige Höchstgeschwindigkeiten oder Fahrtauglichkeit nach Alkoholgenuss – immer gibt es eine Unzahl von sogenannten Experten, die alles wissen.

Wer sich vor diesem Hintergrund entschließt, ein neues verkehrspolitisches Programm aufzustellen, muss damit rechnen, dass viel Gegenwind von den selbsternannten Experten kommen wird. Alle Entscheidungen,

die zu den Forderungen im neuen Programm führten, wurden jedoch unter der Maxime der Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr getroffen und basieren auf Fakten. Und diese Sicherheit dient allen: den schwächeren Verkehrsteilnehmern, den stärkeren, den besonders gefährdeten, den Profis, den Amateuren und sogar den vielen, die eigentlich alles besser wissen und können.

Zugegebenermaßen wird die Forderung nach einer generellen Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen sicherlich nicht bei allen auf große Gegenliebe stoßen. Auch die Umkehr des Regel-/Ausnahmeverhältnisses innerorts von 50/30 auf 30/50 km/h wird viele Diskussionen auslösen. Letztendlich dürfen jedoch nicht die Befindlichkeiten und Einschätzungen einzelner, sondern immer nur objektive Maßstäbe ausschlaggebend für die zu treffenden Regelungen sein. Oberster Maßstab für die GdP ist ausschließlich die Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr. Und obwohl die Verkehrssicherheitsarbeit in den letzten Jahren bereits enorm erfolgreich war, ist jeder Tote und jeder Verletzte im Straßenverkehr einer zu viel. Daran sollte sich jede Überlegung zur Erhöhung der Sicherheit ausrichten. Die vielen Kolleginnen und Kollegen, die täglich auf den Straßen des Landes für diese Sicherheit sorgen sollen, müssen oft die Folgen des Handelns derjenigen beseitigen, die doch eigentlich alles besser wissen. Vielfach geschieht dies unter Einsatz der eigenen Unversehrtheit oder Gesundheit. Daher sind in einem verkehrspolitischen Programm der GdP natürlich auch Forderungen enthalten, die die tägliche Arbeit der im Verkehrsbereich eingesetzten Polizeikräfte erleichtern sollen. Vor allem soll aber auch der Stellenwert der Verkehrssicherheitsarbeit erhöht werden, denn das haben die Kolleginnen und Kollegen verdient.

→ Seite 2



## Nachersatz/Versetzungen – Erlass führt zu kontroversen Diskussionen

**Nachdem der vorgenannte Erlass am 27. 7. 2011 an die Behörden verschickt wurde, haben uns hierzu eine Vielzahl von Zuschriften und Kommentaren mit völlig unterschiedlichem Tenor erreicht. Sind die Einen erleichtert, dass sie in die Direktion K versetzt werden können bzw. die Direktion K auch verjüngt wird, drücken die Anderen ihr absolutes Unverständnis über die neuen Regelungen aus. Die GdP sieht auf jeden Fall Nachbesserungsbedarf.**

ansteigt, soll das Regel-/Ausnahmeverhältnis innerorts gedreht werden: 30 km/h soll generell die Höchstgeschwindigkeit betragen, die Ausweisung von Straßen mit besonderer Bedeutung (Durchgangsstraßen) soll höhere Geschwindigkeiten zulassen. Da der Alkoholmissbrauch im Straßenverkehr mit zu den Hauptunfallursachen zählt, fordert die GdP eine weitere Absenkung des einheitlichen Grenzwertes auf 0,3 Promille (Berufsgruppen mit besonderer Promillegrenze bleiben unberührt). Daneben spricht sich die Expertenkommission und ihr folgend der Geschäftsführende Vorstand der GdP NRW aber auch für die Einführung der Promillegrenzen von 0,5 Promille (Ordnungswidrigkeit) und 1,1 Promille (absolute Fahruntüchtigkeit) für Radfahrer aus. Bei Radfahrern strebt die GdP außerdem eine Erhöhung der Helmtragequote an, notfalls mittels einer gesetzlichen Verpflichtung zur Helmtragepflicht. Zur Feststellung von Alkoholfahrten spricht sich die GdP NRW für die Anerkennung der Atemalkoholanalyse als Beweismittel in Strafverfahren aus und dafür, den Richtervorbehalt bei der Blutentnahme in Verkehrsstrafsachen zukünftig entfallen zu lassen.

Der Ausbau der Verkehrsüberwachung könnte aus Sicht der GdP durch Erhöhung des Personaleinsatzes erreicht werden. Das obligatorische Anhalten nach Verkehrsverstößen und die damit verbundenen Folgewirkungen sind ebenso Forderung im Programm wie die nach einer Steigerung des Stellenwertes der Verkehrssicherheitsarbeit, nach einer angemessenen, an modernen technischen Standards orientierten Ausstattung und nach einer stärkeren Vernetzung mit anderen Kooperationspartnern in der Verkehrssicherheitsarbeit. Ein besonderer Raum ist in dem Programm der „Autobahn als besonderer Verkehrsraum“ aber auch als Arbeitsplatz, der besondere Anforderungen an die dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen stellt, gewidmet. Seien es die besonderen Gefahren durch die hohen Geschwindigkeiten, die Dichte des Schwerverkehrs und die von diesem ausgehenden Risiken oder die Verkehrsbeeinflussungsanlagen, all dies sind Themen, die ihren Niederschlag finden und zu denen Forderungen aufgestellt sind.

Außerdem fordert die GdP u. a., regelmäßige Gefährdungsanalysen durchzuführen und die Arbeitsumgebung so zu gestalten, dass ein ausreichender Gesundheitsschutz gewährleistet ist. Das komplette verkehrspolitische Programm befindet sich auf der Homepage der GdP NRW ([www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de), Pfad: Infothek/Broschüren & Plakate).

Wir wollen nachstehend nochmals die konkreten Abläufe darstellen:

Mit Datum vom 8. 7. 2011 ging mit dem Hinweis auf das gleichzeitig eingeleitete Anhörungsverfahren beim PHPR gemäß § 75 Abs. 1 Nr. 4 LPVG ein Erlassentwurf in die Behörden, der im Vergleich zu den letzten Jahren neue Regelungen zum Inhalt hatte.

16. 7. 2011 wurde hieraus jedoch ein Mitwirkungsstatbestand gemäß § 73 Nr. 4 LPVG, was eine deutliche Stärkung der Möglichkeiten des PHPR zur Folge hatte. Unter anderem sieht das LPVG in diesen Fällen gemäß § 69 LPVG vor, dass die beabsichtigten Maßnahmen vor der Durchführung mit dem Ziel der Verständigung zwischen Dienststellenleiter und

### Nachersatz-/Versetzungsverfahren 2011 – Ermittlungsdienst

Strukturdaten nach PERSIS 2011

| Alter (Jahre)  | Gefahrenabwehr Einsatz | Kripo               | Verkehr             | Zentrale Aufgaben   |
|----------------|------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 20 - 29        | 2521                   | 121                 | 23                  | 113                 |
| 30 - 39        | 4858                   | 1047                | 217                 | 429                 |
| 40 - 49        | 5679                   | 3724                | 887                 | 814                 |
| 50 - 59        | 5142                   | 4118                | 1867                | 1159                |
| 60 - 62        | 299                    | 336                 | 193                 | 133                 |
| <b>Gesamt:</b> | <b>18 499</b>          | <b>Gesamt: 9346</b> | <b>Gesamt: 3187</b> | <b>Gesamt: 4648</b> |

Gemäß Ziffer 2.1 sollte die Verweildauer in der Bereitschaftspolizei von 3 auf mindestens 2 Jahre reduziert werden. Ausnahmen waren möglich, wenn nicht genügend Nachersatz zur Verfügung stehen würde.

Gemäß Ziffer 2.4 sollte sich der Nachersatz der Direktion K von 2011 bis 2014 ausschließlich aus Beamtinnen und Beamten unmittelbar an deren einjährigen Verwendung im Wachdienst bzw. zwei- oder dreijährigen Verwendung in der Bereitschaftspolizei rekrutieren. Ausnahmen waren zugelassen, jedoch nicht näher bezeichnet und standen unter dem Genehmigungsvorbehalt des MIK.

Der Polizeihauptpersonalrat befand sich zu diesem Zeitpunkt (8. 7. 2011) in einem Anhörungsverfahren gemäß § 75 (1) Nr. 4 LPVG (behördliche und betriebliche Grundsätze der Personalplanung). Mit Inkrafttreten des neuen LPVG am

Personalvertretung zu erörtern sind. Da es sich aber auch weiter nicht um einen Mitbestimmungsstatbestand nach § 72 LPVG handelte, der die Zustimmung des PHPR erforderlich gemacht hätte, bestand für den PHPR keinerlei Möglichkeit, diesen Erlassentwurf zu stoppen und ein Einigungsstellenverfahren gemäß § 66 Abs. 7 LPVG einzuleiten.

Adi Plickert, Vorsitzender des PHPR: „Ich habe sowohl mit dem Abteilungsleiter Herrn Düren, als auch dem Landeskriminaldirektor Herrn Schürmann gesprochen und dringend geraten, den Erlassentwurf zurückzuziehen und den Behörden über einen längeren Zeitraum (10 Jahre) mehr Flexibilität einzuräumen. Hierzu war man nach dem zurückliegenden Verhalten einiger Behörden (Nichtanwendung der 75%-Klausel) nicht mehr bereit. Für den PHPR bestand somit nur noch die Möglichkeit, aus dem



**POLITIK IN NRW**

**Erreichte Veränderungen:**

- Beschreibung weiterer Gruppenfunktionen in der Bereitschaftspolizei, die Bestandsschutz erhalten.
- Die Laufzeit für den Nachersatz in der Direktion K wird um ein Jahr verkürzt und gilt nunmehr bis zum Jahr 2013.
- Die Regelungen gelten nicht für alle Kolleginnen und Kollegen, die sich im persönlichen Versetzungsverfahren 2011 befinden.
- Neben den Berufsanfängern (nach Wachdienst/ Bereitschaftspolizei) können alternativ Kolleginnen und Kollegen zugelassen werden, die nicht älter als 30 Jahre sind.
- Für Kolleginnen und Kollegen, die sich in örtlichen Personalentwicklungskonzepten für die Direktion Kriminalität befinden, können ebenfalls Ausnahmen beim MIK beantragt werden.
- In Behörden, in denen der Nachersatz im Anschluss an die Erstverwendung nicht ausreicht, können Beamtinnen/Beamte zugelassen werden, die nicht älter als 35 Jahre sind.

Verfahren auszusteigen, was zur Konsequenz gehabt hätte, dass keinerlei Änderungen mehr am Erlassentwurf vorge-

nommen worden wären. Aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen

weiter zu verhandeln, um Verbesserungen zu erzielen.“

Aus Sicht der GdP bleibt festzustellen, dass auch der neue Erlass zu kurzfristig angelegt und somit nicht zielführend ist. Umso wichtiger war es, dass es der GdP-Fraktion im PHPR gelungen ist, den Erlassentwurf in Teilen zu verändern bzw. Vertrauensschutzregelungen einzufügen.

Ohne diese Veränderungen hätte der Erlass in dieser Polizei keinerlei Akzeptanz erfahren.

Der Landesvorstand der GdP hat umgehend eine AG eingesetzt und mit der Erarbeitung eines Positionspapiers beauftragt. Ziel muss es sein, dass alle Direktionen innerhalb der Polizei, von den Mehreinstellungen der nächsten Jahre profitieren und eine kontinuierliche Altersentwicklung (Verjüngung) gewährleistet wird.

Anzeige

Kann ein Ort die Arbeitssicherheit auf allen Kontinenten verbessern



18. - 21. Oktober 2011  
Düsseldorf, Germany



Persönlicher Schutz,  
betriebliche Sicherheit  
und Gesundheit bei der Arbeit

Internationale Fachmesse  
mit Kongress

→ ... Antworten finden Sie auf der A+A, der Weltleitmesse für sicheres und gesundes Arbeiten.

[www.AplusA.de](http://www.AplusA.de)

Messe Düsseldorf GmbH  
Postfach 1010 06  
40001 Düsseldorf  
Germany  
Tel. +49 (0) 211/45 60-01  
Fax +49 (0) 211/45 60-6 68  
[www.messe-duesseldorf.de](http://www.messe-duesseldorf.de)



# Bloßes Facelifting reicht nicht

**Ende August hat der erste Bachelor-Studienjahrgang seine Ausbildung für den Polizeivollzugsdienst in NRW abgeschlossen. Der neue Studiengang mit seiner engen Verzahnung von Theorie, Praxis und Training hat sich behauptet, darin sind sich alle Beteiligten der Polizeiausbildung mit der GdP einig. Aber in der Frage, welche Kinderkrankheiten des neuen Studienabschlusses bis zur geplanten Überarbeitung der Studienordnung im kommenden Jahr aus dem Weg geräumt werden müssen, gibt es unterschiedliche Vorstellungen.**

Dabei schien noch im Februar dieses Jahres alles klar zu sein: Auf einem von der GdP organisierten Bildungsgipfel hatten Vertreter aller an der Polizeiausbildung beteiligten Gruppen – Kommissaranwärter und Dozenten an der Fachhochschule, Lehrende und Trainer am LAFP sowie Prüfer und Tutoren in den Ausbildungsbehörden – über notwendige Veränderungen bei der Ausbildung der angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten diskutiert. Die Kernforderungen der Tagung lauteten:

- Die Inhalte der dreijährigen Ausbildung müssen sich an den Kernaufgaben der Polizei orientieren.
- Das Studium soll Grundlagenwissen vermitteln, auf das spätere Fortbildungen aufbauen können.
- Das Studium muss auch die notwendigen Kernkompetenzen für ein späteres, lebenslanges Lernen vermitteln.

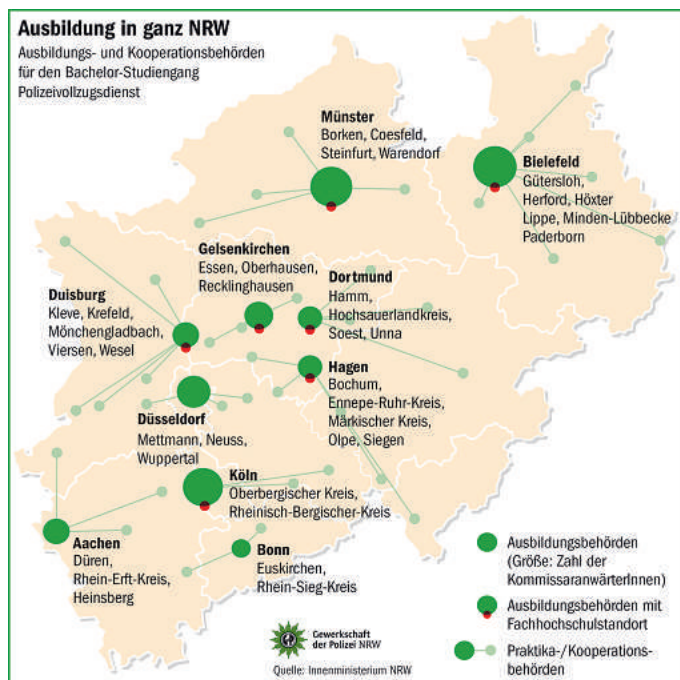
- Der Studienverlaufsplan muss zeitlich längere, zusammenhängende Praktika und Trainingsabschnitte umfassen.
- Das erste Praktikum soll frühestens ein Jahr nach dem Studienbeginn liegen
- Bürokratische Hindernisse, wie zum Beispiel in Bezug auf den Waffentransport, bei den Zuständigkeiten oder bei der 3.-Mann-/Frau-Regelung, sollen abgebaut werden.
- Das überregulierte Prüfungswesen muss entfrachtet werden.
- Statt einer Vielzahl kleinteiliger Einzelprüfungen muss es in den Trainings- und Praxisphasen zu einer stärkeren Prozessbewertung der Leistung der Studierenden kommen.
- Und schließlich: Die erforderlichen Personal- und Sachressourcen an der FHöV, am LAFP und in den Ausbildungsbehörden müssen stärker an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden.

sungsfreie Sommerpause herum gruppiert werden, auch wenn dadurch ein anderer sinnvollerer Studienverlauf verhindert wird.

Die GdP hat deshalb davor gewarnt, die Chance zu einer echten Studien-Reform ungenutzt verstreichen zu lassen. „Mit dem dreijährigen Bachelor-Studium als Grundausbildung für die Polizei sind wir Vorbild für viele andere Bundesländer. Diesen Vorsprung verlieren wir, wenn wir unsere Hausaufgaben nicht machen“, fürchtet Volker Huß, zuständiges Vorstandsmitglied der GdP für Aus- und Fortbildung bei der Polizei.

Trotz dieser grundsätzlichen Kritik sieht auch die GdP eine positive Gesamtbilanz der neuen Bachelor-Ausbildung bei der Polizei. „Der neue Studienabschluss ist deutlich praxisnäher als der bis dahin geltende Diplom-Abschluss“, betont GdP-Vorstandsmitglied Huß. Zu den Pluspunkten zählt aus Sicht der GdP auch, dass mit dem neuen Studienabschluss Polizeibehörden aus ganz NRW an der Ausbildung der Nachwuchspolizisten beteiligt sind. Dennoch sieht die GdP Handlungsbedarf. „Im September werden wir erstmals 1400 Direkteinsteiger bei der Polizei ausbilden. In den kommenden Jahren werden es sogar noch mehr sein, wenn wir die demographische Welle bei der Polizei auffangen wollen. Die damit verbundenen Herausforderungen an die Fachhochschule sind enorm“, betont Huß. „Die GdP unterstützt deshalb die Forderungen der Fachhochschule, die Zahl der Stellen kontinuierlich an die steigenden Anforderungen anzupassen. Dazu gehört auch, dass die Vergütung der Nebenanwärter angehoben wird. Sie sind ein enorm wichtiger Baustein einer engen Verzahnung von Lehre und Praxis. Deshalb werden wir als GdP in dieser Frage weiter Druck machen“, kündigt Huß an.

Mehr Infos: Bachelor-Spezial unter [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)



**Während des dreijährigen Studiums sind die angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten bei einem von zehn Polizeipräsidien aus ganz NRW als Ausbildungsbehörde eingestellt – von Aachen bis Bielefeld, von Münster bis Bonn. Ihnen sind 37 Kooperationsbehörden zugeordnet, die die Ausbildung während der Praktikaphasen vor Ort übernehmen.**



## Fußball ohne Gewalt

NRW ist ein ganz besonderer Fußballstandort. Immerhin kommen von hier mit Dortmund, Schalke, Köln, Leverkusen und Mönchengladbach fünf der 18 Mannschaften der ersten Bundesliga. Und auch in der zweiten Bundesliga ist NRW mit fünf von 18 Klubs dabei (Düsseldorf, Duisburg, Aachen, Paderborn und Bochum). Wenn es hier gelingt, die Gewalt in und um die Stadien zurückzudrängen, ginge davon ein bundesweites Signal aus. Bereits zum zweiten Mal hat deshalb der GdP-Landesbezirk zu einem Fußball-Forum eingeladen. Unter dem Motto „Fußball in NRW – gemeinsam gegen Gewalt“ werden am 28. September im RheinEnergieStadion in Köln Fußballverantwortliche bei der Polizei, aus den Vereinen und dem DFB sowie den Fan-Initiativen über die Chancen einer NRW-Perspektive zum Abbau der Gewalt beim Fußball diskutieren.

Referenten des eintägigen Fußball-Forums sind u. a. der Einsatzreferent des Innenministeriums, Bernd Heinen, Fußball-Experte Manni Breuckmann, der Polizeiführer Fußball des Polizeipräsidiums Düsseldorf, Hans-Joachim Kenschöck-Riesop, der NRW-Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte, Ralf Zänger, sowie die GdP-Vorstandsmitglieder Frank Richter und Adi Plickert. Das Fußball-Forum steht allen GdP-Mitgliedern offen. Infos und Anmeldung: GdP Landesbezirk NRW, Abteilung Bildung, Martin Volkenrath, Tel. 02 11/29 101 42, E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de



## Wir sind die GdP



Viel Spaß und auch ein wenig Sonne hatten die rund 800 Kolleginnen und Kollegen, die am Samstag, dem 30. Juli, im Movie-Park in Bottrop beim diesjährigen Familientag der GdP waren. Während sich die Größeren auf der legendären Holzachterbahn oder dem „High Fall Tower“ amüsieren konnten, gab es für die kleineren Besucher ein Treffen der besonderen Art. Der beliebte Kinoheld „Shrek“ besuchte am Vormittag das GdP-Zelt und stand 30 Minuten lang für ein Fotoshooting zur Verfügung. Viele Kinder standen Schlange, um sich einmal mit ihrem „grünen Freund“ fotografieren zu lassen. „Die Vielfältigkeit des Parks“, schätzt Helmut Dillmann, Kreisgruppenvorsitzender aus Hagen, ganz besonders. „Da ist für jedes Alter was dabei“.

Als Anlaufstelle für die Kolleginnen und Kollegen diente auch in diesem Jahr das GdP-Zelt in der Mitte des Parks. Ob Informationen über die neuesten Entwicklungen bei der Polizei oder der beliebte Polizeibär gefragt waren, für jeden hatten die Kolleginnen am Stand etwas parat.

Der mittlerweile traditionelle Familientag ist unter den Kolleginnen und Kollegen nicht nur ein beliebtes Ferienangebot für die ganze Familie, sondern auch eine gute Möglichkeit, sich einmal außerhalb des Polizeialltags zu treffen. „Als gute Gelegenheit für Kontakte“, beschreibt Kollege Dillmann den Familientag. Er versucht in jedem Jahr dabei zu sein, ihm gefällt die Kombination zwischen Jung und Alt.

Als Fazit kann man sagen, dass der Familientag auch in diesem Jahr wieder eine runde Sache war und nach Wiederholung schreit. Deshalb findet am Samstag, dem 5. November, beim „Halloween Horror Fest“ im Movie-Park Bottrop der nächste GdP-Familientreff statt. Coupons für vergünstigten Eintritt können ab Mitte Oktober über die örtlichen Kreisgruppen oder den Landesbezirk bezogen werden.

## GdP aktiv

**23. 7. – 6. 9., Sommerferien NRW**  
**4. 9., Bürger- und Polizeifest** der Kreisgruppe Bonn auf der MS Godesia, Treffpunkt: 10.30 Uhr, Schiffsanleger Eugen/Gronau, Infos über die Kreis-

**21. 9. Mitgliederversammlung** der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14.15 Uhr, großer Sitzungssaal, Norbertstr. 165, 45133 Essen

**28. 9., Forum „Fußball ohne Gewalt“**, RheinEnergieStadion Köln



# Arbeitshilfe für Vertrauensleute neu aufgelegt

Die GdP braucht viele Mitglieder. Je mehr Polizeibeschäftigte der GdP vertrauen und Mitglied werden, um so stärker ist sie, wenn es um die Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten geht. Den Vertrauensleuten kommt dabei in der GdP eine Schlüsselrolle zu. Ihre Arbeit ist entscheidend dafür, dass die GdP bei den Beschäftigten ein positives Image hat. Und dass die Wünsche und Vorstellungen der Mitglieder ungefiltert beim Vorstand ankommen.

Damit die Vertrauensleute in der GdP erfolgreich arbeiten können, müssen sie mehr als andere wissen. Denn sie müssen auf Fragen der Mitglieder im Detail erklären können, wofür die GdP in einzelnen Sachfragen steht, und warum sie diese Position eingenommen hat. Und sie müssen den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite stehen, wenn es bei ihnen irgendwo brennt.

Um die Vertrauensleute noch besser als bislang in ihrer Arbeit zu unterstüt-

zen, hat der Landesbezirk in den vergangenen Wochen den Internetauftritt für die Vertrauensleute modernisiert. Der Bereich VL-Intern steht im geschützten Mitgliederbereich und ist nur für Vertrauensleute zugänglich, die vorher die entsprechenden Zugangsdaten beim Landesbezirk beantragt haben.

Neu aufgelegt hat der Landesbezirk auch die „Arbeitshilfe für Vertrauensleute“, in der die Grundlagen und Rahmenbedingungen für die VL-Arbeit vor Ort beschrieben werden. Die Arbeitshilfe steht in der frei zugänglichen Infothek allen Mitgliedern zur Verfügung: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de), Pfad: Infothek/Broschüren.



## Arbeitshilfe für Vertrauensleute

Grundlagen und Rahmenbedingungen für die Arbeit vor Ort

Reader der Gewerkschaft der Polizei NRW

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 3. 9. Hedwig Mathis, Haltern
- 8. 9. Marie Rothlübbers, Dorsten
- 11. 9. August Wilhelm, Köln
- 12. 9. Anneliese Herkenrath, Swistal-Heimerzheim  
Irene Symanzik, Hagen
- 13. 9. Helmut Becker, Bochum
- 14. 9. Magdalena Engler, Wietmarschen
- 28. 9. Lieselotte Deilmann, Bochum
- 29. 9. Anneliese Heuser, Wesel
- 30. 9. Luise Günther, Bonn  
Helga Schade, Haan

### 91. Geburtstag

- 1. 9. Inge Schmidt, Velbert-Langenberg
- 7. 9. Ursula Becker, Erkelenz
- 9. 9. Hildegard Schürmann, Essen
- 17. 9. Heinz Krella, Herten
- 20. 9. Johann Gebert, Illertissen
- 30. 9. Josefine Winter, Hürth

### 92. Geburtstag

- 4. 9. Heinz Bräer, Hennweiler  
Charlotte Vogt, Düsseldorf
- 9. 9. Katharina Brune, Duisburg
- 12. 9. Ernst Gräwinger, Wuppertal
- 13. 9. Hedwig Probst, Bottrop  
Elisabeth Zymelka, Riedering
- 15. 9. Hans Bauhoff, Köln  
Wolfgang Hofmann, Bonn
- 16. 9. Hilda Horstmann, Dinslaken
- 19. 9. Hans Reinhardt, Bielefeld
- 25. 9. Wilhelm Adorf, Frechen

- 28. 9. Margaretha Ruthof, Bochum
- 29. 9. Helene Halbach, Wuppertal

### 93. Geburtstag

- 9. 9. Elisabeth Ortmann, Duisburg
- 30. 9. Luise Haarhaus, Gelsenkirchen

### 94. Geburtstag

- 5. 9. Erika Mathes, Warstein
- 9. 9. Anna Schmelter, Overath
- 27. 9. Peter Koenes, Viersen

### 95. Geburtstag

- 9. 9. Katharina Brodesser, Bonn  
Marlene Eggelpöhler, Hilden
- 11. 9. Cäcilie Liefertz, Aachen
- 23. 9. Berta Ludwig, Erkrath

### 97. Geburtstag

- 4. 9. Maria Rinteln, Ennepetal
- 13. 9. Lotte Skibba, Gelsenkirchen

### 98. Geburtstag

- 4. 9. Otto Kult, Unterweißbach
- 30. 9. Mechtildis Beger, Köln

### 100. Geburtstag

- 28. 9. Karoline Schmidt, Porta Westfalica

### 102. Geburtstag

- 21. 9. Bernhard Voss, Dortmund

### 103. Geburtstag

- 9. 9. Else Busch, Duisburg

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-online.de](mailto:stephan.hegger@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe ist der 2. September 2011.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de)  
E-Mail: [pinguin@gdp-service-nw.de](mailto:pinguin@gdp-service-nw.de)



# Durchblick im Bachelor-Dschungel

„Polizei – Studium – Praxis“ oder kurz und bündig „PSP“ – so lautet der Titel einer neuen Fachzeitschrift, die sich vor allem an Studierende der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) in NRW wendet.

1400 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nehmen dieses Jahr das Bachelor-Studium Polizeivollzugsdienst in NRW auf. Bereits zu Beginn, im Grundlagenmodul, müssen sie sich mit einer Vielzahl von Themengebieten auseinandersetzen, die für die meisten ein Buch mit sieben Siegeln sind. Aber auch die Studierenden, die schon länger dabei sind, haben einen großen Informationsbedarf, insbesondere wenn es um Prüfungen und Klausuren geht. Diese Informationslücke will die neue, vom Verlag Deutsche Polizeiliteratur (VDP) herausgegebene Fachzeitschrift schließen. Sie bietet inhaltlich Fachaufsätze, Informationen zu Klausuren, Aktuelles aus der

Rechtsprechung sowie Hochschul-News aus der FHöV. Die Beiträge sind inhaltlich an den Modulen des Bachelorstudienganges Polizei orientiert. Ein weiterer Vorteil der Zeitschrift: Alle Artikel werden von erfahrenen Dozentinnen und Dozenten der Fachhochschule verfasst. Die erste Ausgabe, die in Zukunft viermal im Jahr erscheinenden Zeitschrift kommt pünktlich zum Studienbeginn am 1. September heraus. PSP kostet 5,00 EURO pro Ausgabe.

## Leistungsnachweise im Visier

Die Themenpalette der ersten Ausgabe orientiert sich am Grundlagenmodul



→ Seite 8

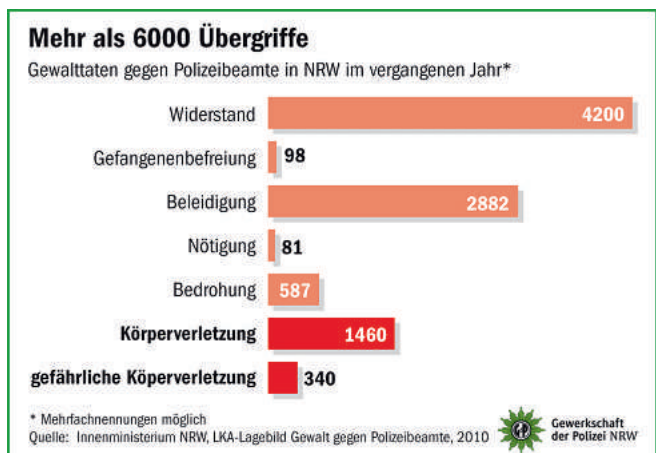
# 85 Prozent der Angriffe treffen den Wachdienst

Als im Mai vergangenen Jahres das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) die Ergebnisse seiner von den Innenministern der Länder in Auftrag gegebenen Studie über Gewalt gegen Polizisten vorgestellt hatte, war NRW nicht mit dabei. Der Grund: Der damalige Innenminister Ingo Wolf (FDP) war aus parteipolitischen Motiven vorher aus der bundesweiten Studie ausgestiegen.

Die GdP hat Wolfs Verhalten damals scharf kritisiert und so mit dazu beigetragen, dass zumindest eine parallele NRW-Studie auf den Weg gebracht worden ist. Mitte Juli hat Wolfs Nachfolger, Innenminister Ralf Jäger (SPD), erstmal deren Ergebnisse präsentiert: Danach werden in NRW jeden Tag vier Polizeibeamte während des Einsatzes durch Gewaltattacken verletzt. Einmal am Tag kommt es sogar zu einer gefährlichen Körperverletzung. 85 Prozent aller Angriffe betreffen den ganz normalen täglichen Einsatzdienst der Polizei. Für die GdP kommen die Zahlen nicht überraschend. Sie fordert schon seit langem ein konsequenteres

Vorgehen des Staates bei Angriffen auf Polizeibeamte. Zwar ist der Bundestag Anfang Juli dieser Forderung zum Teil nachgekommen, indem er das Strafmaß bei Angriffen auf Polizeibeamte heraufgesetzt hat, aber die Einführung einer Mindeststrafe scheiterte am Widerstand von CDU und FDP. GdP-Landesbezirksvorsitzender Frank Richter hat die Gesetzesverschärfung deshalb gegenüber Journalisten zwar als „wichtiges Signal zur Ächtung von Gewalt“ gelobt, zugleich aber kritisiert, „dass die Gerichte durch das Fehlen einer Mindeststrafe auch weiterhin die Möglichkeit haben, einen Angriff auf einen Polizisten als Bagatelldelikt abzutun. Dabei wäre

ein konsequenteres Eingreifen des Staates bitter nötig: Alleine in NRW sind im vergangenen Jahr 1734 Polizeibeamtinnen und -beamte durch Gewaltangriffe verletzt worden. 13 von ihnen schwer.



Im vergangenen Jahr hat es in Nordrhein-Westfalen 6007 Fälle von Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte gegeben. In 1460 Fällen waren die Übergriffe so schwer, dass die betroffenen Polizisten verletzt worden sind, in 340 Fällen führten die Angriffe sogar zu einer gefährlichen Körperverletzung. Das geht aus dem erstmals veröffentlichten „Lagebild Gewalt gegen Polizeibeamte“ hervor, in dem das Landeskriminalamt seit Anfang vergangenen Jahres alle Angriffe auf Polizisten erfasst.



Fortsetzung von Seite 7

sowie am Fachmodul 2 des Bachelor-Studiengangs. Für Studienanfänger gibt es allgemeine Einführungen in einzelne Fächer (Staatsrecht, Eingriffsrecht, Strafrecht, Verkehrssicherheitsarbeit, Kriminalitätskontrolle und Psychologie). Zur Prüfungsvorbereitung finden „ältere Semester“ zudem zwei ausformulierte Klausurlösungen zum Thema „Häusliche Gewalt“. Neben solchen Musterklausuren werden auch andere Leistungsnachweise wie Haus- und Seminararbeiten und nicht zuletzt die Bachelor-Thesis künftig in der PSP behandelt.

### Geballte Kompetenz

Joachim Kranz, Geschäftsführer des VDP, ist vom neuen Projekt überzeugt: „Uns war es wichtig, den Studierenden neben dem Polizei-Fach-Handbuch ein weiteres Werkzeug für ein erfolgreiches Studium an die Hand zu geben. Wir sind uns sicher, mit der PSP den richtigen Weg eingeschlagen zu haben.“ Für die neue Fachzeitschrift kann der Verlag auf die Fachkompetenz und langjährige Erfahrung ausgewiesener Experten zurückgreifen. Chefredakteure der Zeitschrift sind Horst Clages, Leitender Kriminaldirektor a. D., der Vizepräsident der FHöV, Reinhard Mokros, und Polizeiobererrat Christop Keller, Leiter des Dezernats 32 beim LAFP.

Kostenlose Probeexemplare der Nullnummer der neuen Fachzeitschrift gibt es bei den Kreisgruppen mit Hochschulstandort und beim Landesbezirk NRW.

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Düren Achtung Terminänderung!

7. September, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Gaststätte „Strepp am See“, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau

### Kreisgruppe Düsseldorf

8. Oktober, 25. Treffen der ehemaligen Einsatzreservisten, 10.00 Uhr, Restaurant Schumacher, Oststr. 123, Düsseldorf. Info: Koll. Kieselbach, Tel.: 0 21 04/3 19 02

### Kreisgruppe Gelsenkirchen

12. September, 14.00 Uhr, Seniorenseminar, Kantine des Polizeipräsidiums, Anmeldung: 02 09/3 65-30 03

20. September, Seniorenausflug nach Xanten, Treffpunkt: 12.00 Uhr, Abfahrt Musiktheater Gelsenkirchen bzw. 12.15 Uhr in Buer, Hof des Präsidiums, Anmeldung bis 8. 9. 2011 unter 02 09/3 65-30 03 erforderlich, Selbstkostenpreis: 18,00 Euro

### Kreisgruppe Heinsberg

20. September, Jahresausflug an die Mosel, Auskunft und Anmeldung: Klaus Labahn, Tel.: 0 24 31/58 80, E-Mail: k.labahn@t-online.de

### Kreisgruppe Köln

15. September, Info-Treffen, Andreas Brings, Dozent der FH Köln zum Thema: „Propaganda und Manipulation im Dritten Reich“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

### Kreisgruppe Märkischer Kreis

5. September, Seniorentreffen mit PartnerInnen, für das leibliche Wohl ist gesorgt, Treffpunkt: 13.00 Uhr, Turnerheim Griesenbrauck e.V., Griesenbraucker Str. 30, 58640 Iserlohn, Anmeldung erforderlich: 0 23 71/91 99-88 00, -88 01 oder -88 03.

### Kreisgruppe Rheinisch Bergischer Kreis Achtung geänderte Zeit!

14. September, Seniorenwanderung mit Theo Althoff durch das Scherfbachtal, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Parkplatz Schöllerhof in Altenberg, Abschluss im Hotel „In der Auen“.

## Glücksnummern des Monats

45 20257  
Nils Deinert, Duisburg  
45 17818  
Katharina Lippold, Köln  
45 18854  
Andreas Schröder, Warendorf  
45 20235  
Daniel Piotrowski, Wuppertal

**Die Gewinner erhalten eine Lunch-Box.**

## APS-Tag 2011 in Mülheim

Bereits seit 2002 gibt es in der GdP ein dichtes Netzwerk von Ansprechpartnern für Seniorenarbeit (APS). Die APS-Aktiven vor Ort helfen mit Rat und Tat bei Fragen rund um Pensions-, Rentenansprüche oder Beihilfe. Sie geben Tipps zu allen für Senioren interessante Themen. In ihrer Eigenschaft als Multiplikatoren werden sie ständig geschult bzw. mit Informationen versorgt. Vor diesem Hintergrund wird am 2. 11. 2011 in der Katholischen Bildungsstätte „Wolfsburg“ in Mülheim a. d. R. ein APS-Tag als Informationsveranstaltung durchgeführt. Das zentrale Thema wird die Gesundheitspolitik sein. Hierzu haben wir als Referenten u. a. den bekannten Prof. Dietrich Grönemeyer gewinnen können. Eine persönliche Einladung an die bekannten Ansprechpartner erfolgt in Kürze.

## NACHRUF

|                       |             |                               |                    |              |                  |
|-----------------------|-------------|-------------------------------|--------------------|--------------|------------------|
| Günter Benninghoven   | 30. 4. 1920 | Bergisches Land               | Hans Holtmann      | 24. 8. 1933  | Herford          |
| Walter Berweiler      | 11. 7. 1941 | Autobahnpolizei<br>Düsseldorf | Heinrich Joubert   | 27. 10. 1925 | Märkischer Kreis |
| Herta Bitzer          | 15. 7. 1925 | Mettmann                      | Günter Kleine      | 23. 2. 1931  | Recklinghausen   |
| Heinrich Claßen       | 2. 3. 1916  | Neuss                         | Christine Krause   | 1. 3. 1924   | Borken           |
| Doris Dänekas         | 15. 6. 1942 | Neuss                         | Ingeburg Krüger    | 6. 8. 1928   | Mettmann         |
| Wilfried Glitza       | 25. 7. 1940 | Gelsenkirchen                 | Lieselotte Lenfert | 9. 3. 1922   | Recklinghausen   |
| Manfred Gurski        | 19. 4. 1941 | Hagen                         | Hans-Dieter Mury   | 8. 1. 1944   | Bochum           |
| Hans Hähn             | 21. 1. 1921 | Essen/Mülheim                 | Anni Ostermeier    | 13. 6. 1913  | Paderborn        |
| Luise Maria Helmerich | 3. 1. 1918  | Dortmund                      | Wilma Patten       | 10. 2. 1928  | Neuss            |
| Klaus Hildmann        | 9. 8. 1951  | Dortmund                      | Gerhard Pfeiffer   | 30. 4. 1934  | Essen/Mülheim    |
|                       |             |                               | Georg Wahl         | 8. 3. 1925   | Viersen          |

